

Zeitschrift: Energieia : Newsletter des Bundesamtes für Energie
Herausgeber: Bundesamt für Energie
Band: - (2011)
Heft: 1

Artikel: "Versorgungssicherheit wird immer europäischer" : Interview
Autor: Steinmann, Walter / Kägi, Matthias
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-638673>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



«Versorgungssicherheit wird immer europäischer»

INTERNET

Bundesamt für Energie:
www.bfe.admin.ch

Eine Tour d'Horizon mit Walter Steinmann, Direktor des Bundesamts für Energie (BFE), über aktuelle Energiethemen.

Mit Doris Leuthard hat das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) Anfang November 2010 nach 15 Jahren eine neue Führung bekommen. Wie haben Sie diesen Wechsel erlebt?

Die ersten Kontakte haben gezeigt, dass Frau Leuthard sich sehr fürs Thema Energie interessiert und stark dafür engagiert. Sie will im Detail informiert sein und mit uns zusammen den Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung gehen. Die neue Departementschefin wird dabei sicher auch eigene Akzente setzen. Sie hatte sich beispielsweise schon als Vorsteherin des Volkswirtschaftsdepartements stark gemacht für die Förderung von Cleantech.

Was ist die Bedeutung dieser «sauberen Technologien» aus Ihrer Sicht?

Cleantech bezeichnet Kompetenzen von Wirtschaft und Wissenschaft in den Bereichen, die für uns zentral sind. Das sind erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Energiesysteme aber auch Netze. Bisher lag der Fokus im UVEK mehr auf Regulierung und der Reduktion von Umwelteinflüssen. Nun kommen Lösungen für die Wirtschaft vermehrt ins Zentrum. Das sind meistens Anwendungen, die auch kommerziell vermarktet werden können.

Wie steht die Schweiz heute in diesem Bereich da?

Grundsätzlich hat die Schweiz eine lange Tradition in den Bereichen, die man heute zu Cleantech zählt. In den letzten Jahren haben andere Länder aber aufgeholt. Es ist wichtig,

dass wir unsere Kräfte nun zusammenlegen, um unser Land international in die Spitzenliga zu bringen. Dazu beitragen soll insbesondere auch der im letzten November lancierte Masterplan Cleantech des Bundes: Vier Ämter aus zwei Departementen haben diesen Masterplan erarbeitet und gemeinsam Massnahmen vorgeschlagen (Anm. d. Red.: s. Bericht S. 10–11).

Einen Beitrag zu Cleantech leistet auch EnergieSchweiz. Der Bundesrat hat 2010 grünes Licht für eine weitere Etappe des Programms zur Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien gegeben.

Ja und ich bin froh, dass wir nun EnergieSchweiz neu positionieren und mit dem Programm auch neue Themen anpacken können. EnergieSchweiz ist ein wichtiges Instrument zur Information und Motivation der Bevölkerung. Auch bei der Aus- und Weiterbildung wird das Programm wichtige Beiträge leisten.

Welche Trends sehen Sie global im Energiebereich in den nächsten Jahren?

Einerseits schreiten der Umbau des globalen Energiesystems hin zur Nachhaltigkeit und die Implementierung neuer Technologien voran. Für die Nachhaltigkeit ist der Energiesektor einer der zentralen Sektoren. Er muss sich in den Bereichen Mobilität, Gebäude aber auch bei den Dienstleistungen und im Industriebereich neu ausrichten. Auf der anderen Seite müssen wir uns vermehrt mit Risiken und der Verletzlichkeit unserer Energieversorgung auseinandersetzen und geeignete Lösungen finden.

Sie sprechen die Versorgungssicherheit an. Versorgungssicherheit wird mehr und mehr zu einem Thema. Zwei Beispiele: Wir hatten im letzten Jahr Diskussionen mit Frankreich, als wegen des Streiks die Raffinerie im Neuenburgischen Cressier nicht mehr mit Rohöl beliefert wurde. Und aktuell laufen Gespräche mit Italien, das seine Versor-

DER UMBAU DES GLOBALEN ENERGIESYSTEMS HIN ZUR NACHHALTIGKEIT UND DIE IMPLEMENTIERUNG NEUER TECHNOLOGIEN SCHREITEN VORAN.

gungssicherheit bedroht sieht, nachdem im letzten Sommer die Transitgasleitung im Berner Oberland nach Murgängen ausser Betrieb genommen werden musste. Diese Beispiele zeigen: Versorgungssicherheit ist immer mehr ein europäisches Thema, wir müssen uns mit Europa darüber einigen, wie wir uns einbringen können.

Wie will sich die Schweiz in diesem Energie-Europa positionieren?

Die Schweiz ist bei der Energieversorgung ein Teil Europas. Im Bereich Strom verdienen wir damit auch relativ viel Geld. Wir müssen uns nun so aufstellen, dass die Versorgungssicherheit gewährt und optimiert werden kann, so dass wir uns bei möglichen Versorgungskrisen in die dafür zuständigen europäischen Gremien einbringen können. Auf der anderen Seite geht es auch darum, dass wir die Position eines europäischen Gas- und Strombinnenmarkts gut analysieren und überlegen, wie wir unsere Stärken unter den neuen Rahmenbedingungen am besten ausspielen können. Kooperationen mit Europa müssen wir auch bei der Umsetzung neuer Vorschriften im Bereich der Energieeffizienz und bei den erneuerbaren Energien suchen.

Sie spielen auf die Verhandlungen der Schweiz mit der EU in Richtung eines Energieabkommens an.

Genau. Der Bundesrat hat gesagt, wir sollen mit der EU nicht nur über Strom, sondern generell über die Zusammenarbeit im Energiesektor verhandeln. Ebenso wichtig wie die Strom- ist die Gasversorgung, ebenso wichtig sind die Fortschritte bei den erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz. Das Gesamtpaket muss nun vorangetrieben werden und wir hoffen, dass wir 2011 massgebliche Fortschritte machen können, insbesondere in den Dossiers Strom und erneuerbare Energien.

Muss die Schweiz bei den Erneuerbaren die umstrittene EU-Richtlinie zu den erneuerbaren Energien (RES-Richtlinie) übernehmen,

um überhaupt ein Abkommen zu erzielen?

Generell geht es darum, dass die RES-Richtlinie ein quantitatives Ziel für den Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieversorgung vorgibt, das wir in der Schweiz in etwa auch erreichen müssen. Tun wir das nicht, würden wir uns dem Vorwurf des Rosi-

nenpickens aussetzen und spätestens bei der Behandlung im europäischen Parlament hätte ein Stromabkommen ohne RES-Richtlinie deshalb wohl keine Chance. Umgekehrt sind die europäischen Nachbarländer zur Erreichung ihrer Ziele für die erneuerbaren Energien auf die Stärken der Schweiz angewiesen, weil wir hier Produktionsschwankungen der erneuerbaren Energien Sonne und Wind ausgleichen können, Stichwort Pumpspeicherkraftwerke. Und für die Schweizer Wirtschaft bietet die RES-Richtlinie auch zusätzliche Geschäftsmöglichkeiten, weil neue Märkte erschlossen werden.

Welche Aufgaben punkto Versorgungssicherheit stehen auf nationaler Ebene an?

Die Schweiz muss vermehrt in Netze und Produktion investieren. Es ist gut, dass der Bundesrat erstmals eine Infrastrukturstrategie genehmigt hat, die aufzeigt, welche

DIE SCHWEIZ HAT EINE LANGE TRADITION IN DEN BEREICHEN, DIE MAN HEUTE ZU CLEANTECH ZÄHLT.

grossen Herausforderungen auf die einzelnen Bereiche in den nächsten Jahren zukommen. Beim Bau neuer Leitungen können wir mit klarer Information mithelfen, die Bereitschaft zu Investitionen zu verbessern. Auf der anderen Seite wollen wir 2011 das Beurteilungsschema Kabel oder Freileitung endgültig verabschieden und für neue Leitungsprojekte anwenden. Das Schema soll die Entscheide transparent machen und objektivieren. Es kann so mithelfen, Einzelfälle besser zu beurteilen und von der Grundsatzdiskussion wegzukommen, ob Hochspannungsleitungen generell in den Boden verlegt oder als Freileitungen gebaut werden sollen. Diese Diskussion verkommt langsam zu einem Glaubenskrieg und behindert den dringenden Netzausbau.

Wie geht es im laufenden Jahr bei den Verfahren für neue Kernkraftwerke weiter?

Nach der technischen Phase beginnen jetzt die politischen Diskussionen. Die Stellung-

nahmen der Kantone werden teilweise bereits auf Volksbefragungen abgestützt. Voraussichtlich ab Mitte 2011 können sich dann alle Interessierten mit diesem Thema auseinandersetzen und ihre allfälligen Einwendungen und Einsprachen gegen die drei vorliegenden Projekte einreichen. Dann geht es langsam in die Konkretisierung der Entscheides des Bundesrats. Er muss 2012 sagen, ob er eines, zwei oder drei Kernkraftwerke bewilligen will.

Ein grosses Dossier für das BFE ist auch die Revision des Stromversorgungsgesetzes. Welche Arbeiten stehen im Zentrum und wie geht es weiter?

2010 haben Arbeitsgruppen die vier zentralen Themen Arbeitsregulierung, Systemdienstleistungen, Energieeffizienz und Unabhängigkeit der nationalen Netzgesellschaft Swissgrid intensiv beleuchtet. Insbesondere bei der extrem komplexen Frage der Anreizregulierung wurde viel Arbeit geleistet. Mit dem Instrument der Anreizregulierung sollen die Netzbetreiber mit klaren Vorgaben dazu gebracht werden, die Versorgungssicherheit, den Unterhalt und den gezielten Ausbau der Netze zu gewährleisten. Im Verlauf der Arbeiten hat sich gezeigt, dass viele dieser Fragen noch weiter vertieft werden müssen. Dafür brauchen wir mehr Zeit als ursprünglich angenommen, so dass der Fahrplan für die Revision angepasst werden muss. Gemäss

neuer Planung soll das revidierte Gesetz nun per Anfang 2015 statt 2014 in Kraft treten.

Die Arbeiten an der Revision des Stromversorgungsgesetzes sind nur ein Beispiel, das zeigt, dass im Energiebereich viel geleistet wurde.

Ja. Das Jahr 2010 hat vielfältige Herausforderungen und eine massive Arbeitsbelastung gebracht. Ich danke allen, die mitgeholfen haben, diese zu stemmen und ihren Beitrag für die Versorgungssicherheit geleistet haben. Ein spezieller Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BFE, des Fachsekretariats der Elektrizitätskommission (ElCom) und des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats (ENSI), die mitgeholfen haben, eine grosse Zahl von Dossiers voranzutreiben.

Interview: Matthias Kägi